

Ausschuß für Umweltschutz
und Raumordnung

Protokoll

16. Sitzung (nicht öffentlich)

24. September 1986

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 bis 15.10 Uhr

Vorsitzender: Abg. Hegemann (CDU)

Stenographin: Hesse

Verhandlungspunkte

1 Entwurf des Haushaltsgesetzes 1987

Drucksache 10/1250

- a) Einzelplan 10 - Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft
- b) Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei
- c) Einzelplan 03 - Innenminister
- d) Einzelplan 11 - Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Zum Einzelplan 10 hört der Ausschuß den Einführungsbericht des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, Vorlage 10/616, und stellt einige Ergänzungsfragen. Die Grundsatzausprache soll in der nächsten Sitzung erfolgen.

Die aus den Einzelplänen 02 und 03 diesen Ausschuß tangierenden Positionen werden ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

Die Beratung des Kapitels 11 100 - ILS - aus dem Einzelplan 11 soll ebenfalls in der nächsten Sitzung aufgenommen werden.

Ausschuß für Umweltschutz
und Raumordnung
16. Sitzung

24.09.1986
he-ro

- 2 Sanierungsprogramm "Untere Wupper" - Sachstandsbericht 1986
Vorlage 10/488

Der Ausschuß erörtert eingehend den schriftlich vorliegenden Bericht unter Einbeziehung der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage des Abg. Wendzinski (SPD), Drucksache 10/1337.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 15. Oktober 1986

Ausschuß für Umweltschutz
und Raumordnung
16. Sitzung

24.09.1986
he-ro

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Vorsitzende kurze Hinweise für das vorgesehene Verfahren zur Beratung des Haushaltsentwurfs 1987. Neben der heutigen Sitzung stünden für die Beratung die Termine 15. Oktober, 5. und 12. November sowie 3. Dezember 1986 (Antragssitzung und Abstimmung) zur Verfügung.

Zu 1: Entwurf des Haushaltsgesetzes 1987

Drucksache 10/1250

a) Einzelplan 10 - Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Vorlagen 10/550 und 10/551

Der vom Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, Matthiesen, gegebene Einführungsbericht ist als Vorlage 10/616 verteilt worden.

Allerdings sind in dieser Vorlage zwei Schreibfehler enthalten, die vor Drucklegung nicht mehr berichtigt werden konnten; die Korrektur wird deshalb an dieser Stelle vorgenommen:

- Auf Seite 10 muß es in der 7. Zeile richtig "vier Gesprächskreise" heißen; in der danach folgenden Aufzählung ist der Begriff "Lärm" zu streichen.
- Auf Seite 16 ist der letzte Satz im zweiten Absatz durch folgende Formulierung zu ersetzen:

Die Bundesregierung hat sich leider diesem umweltpolitischen Problem bisher verschlossen, so daß die Länder weiterhin gezwungen sind, nach bundeseinheitlichen Lösungen zu suchen.

Abg. Dr. Linssen (CDU) möchte ergänzend wissen, ob das Konzept zur Verstärkung der Meßprogramme - Seite 11 ff. - sich in das Untersuchungsprogramm des Bundes einpasse, um Doppelforschungen zu vermeiden.

Bezüglich der Abwasserabgabe sei dem Vorsitzenden des Ausschusses für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz mitgeteilt worden, daß erst im November gesagt werden könne, wie die Mittel abgeflossen seien. Er sei daran interessiert, diese Daten so rechtzeitig zu bekommen, daß sie noch in die Haushaltsberatungen einbezogen werden könnten.

Ausschuß für Umweltschutz
und Raumordnung
16. Sitzung

24.09.1986
he-ro

Er habe diesen späten Termin genannt, verdeutlicht Minister Matthiesen, weil kurz vor Jahresende verständlicherweise eine bessere Übersicht über den Abfluß der Mittel bestehe. Selbstverständlich aber sei er bereit, schon vorher dem Ausschuß einen Zwischenbericht zu geben.

In der Tendenz lasse sich bereits jetzt erkennen, daß die Verbesserung der Konditionen dazu geführt habe, daß die Kommunen die Mittel stärker als bisher in Anspruch nähmen.

Der Bereich Landesplanung sei nur sehr kurz erwähnt worden, konstatiert Abg. Dr. Lichtenberg (CDU). Im Hinblick auf die von der Deutschen Bundesbahn in bestimmten Gebieten des Landes beabsichtigten Streckenstilllegungen wünsche er zu erfahren, ob die Landesregierung mit der Bundesbahn Kontakt aufgenommen und überlegt habe, aus landesplanerischen Gründen einen Teil der Strecken zu erhalten.

Mit der Neuorientierung landesplanerischer Leitvorstellungen habe er gemeint, erläutere Minister Matthiesen, daß aus dem Rückgang der Bevölkerung Konsequenzen gezogen sowie die wirtschaftliche Entwicklung beobachtet werden müßten, daß nicht zuletzt im Hinblick auf das neu aufgenommene Verfassungsgebot des Umweltschutzes auf eine stärkere ökologische Rücksichtnahme geachtet werden müsse, daß angesichts neuer Kommunikationsstrukturen und veränderter Siedlungsgewohnheiten die Landesplanung konzeptionell sowohl in der Zielsetzung (Landesentwicklungsprogramm) als auch in den Instrumenten (Landesplanungsgesetz) überdacht werden müsse. Er könnte weitere Bereiche nennen, wolle es an dieser Stelle aber bei diesen Stichworten bewenden lassen.

Die konkrete Frage nach den beabsichtigten Streckenstilllegungen sei eine Frage der Verkehrspolitik, auf die die Landesplanung zwar Rücksicht nehmen müsse, die jedoch zunächst von den zuständigen Ministern (für Verkehr und für Wirtschaft) zu beantworten sei.

Gleichwohl seien dabei raumordnerische Komponenten angesprochen, entgegnet der Vorsitzende; aus diesem Grunde halte er eine Beteiligung des Umweltministers an den Verhandlungen mit der Deutschen Bundesbahn, die seines Wissens im Oktober aufgenommen werden sollten, für sinnvoll.

Nach der kurzen Beschreibung habe er den Eindruck, äußere Abg. Schumacher (Kall) (CDU), daß die landesplanerische Neuorientierung ein Schwerpunkt der Landespolitik sein solle. Unter diesem Gesichtspunkt frage er, ob dieser Schwerpunkt mit der vorhandenen personellen und materiellen Ausstattung auf allen Ebenen realisiert werden können. - Diese Frage beantwortet Minister Matthiesen mit einem uneingeschränkten Ja.

Ausschuß für Umweltschutz
und Raumordnung
16. Sitzung

24.09.1986
he-ro

Nichtsdestoweniger hält Abg. Dr. Linssen (CDU) die wenigen Zeilen auf Seite 22 der Vorlage für nicht ausreichend und bittet um zusätzliche Darlegungen, wie die neue Konzeption der Landesplanung aussehen sollte. Es gehe nicht an, hiermit bis zum nächsten Landesentwicklungsbericht zu warten.

Dieser Bitte vermöge er wegen der noch erforderlichen sorgfältigen Erörterungen im Vorfeld und der Kabinettsabstimmung nicht nachzukommen, bedauert Minister Matthiesen; denen könne er nicht durch irgendwelche Äußerungen im Ausschuß vorgreifen.

Genau dieselbe Antwort habe er bereits im April auf eine entsprechende Frage gehört, erwidert Abg. Dr. Linssen (CDU). Er könne sich damit nicht zufriedengeben und lege Wert darauf, vom Minister einen konkreten Zeitrahmen zu hören. Das habe nichts damit zu tun, der Meinungsbildung im Kabinett vorzugreifen.

Er könne diesen Zeitrahmen trotzdem nicht konkretisieren, unterstreicht Minister Matthiesen. Der Gesamtkomplex beinhalte derart viele schwierige Fragen, daß eine ausreichende Beratungszeit erforderlich sei, um nicht unausgelegene Konzepte vorzulegen.

Landesplanung sei ohnehin ein Entwicklungsprozeß, hebt Abg. Wendzinski (SPD) hervor, in dem sich auch die Konzeption ständig verändere. Er erinnere nur beispielhaft an die in der vorigen Legislaturperiode beschlossenen Konzeptionen zur Bergehaldenproblematik, zur Nordwanderung des Steinkohlenbergbaus oder auch für das ökologische Anforderungsprofil für den Braunkohlentagebau.

Gegenüber den Anfängen mit dem Landesplanungsgesetz im Jahre 1972 sei eine Reihe von Anpassungen erfolgt; damit seien naturgemäß auch Inhalte verändert worden. Damals habe sich vor allem auch der heutige Fraktionsvorsitzende der CDU, Abg. Dr. Worms, engagiert und konstruktiv an der Diskussion beteiligt. Er würde es sehr begrüßen, wenn nach diesem Vorbild die Opposition Initiativen und Vorschläge entwickelte und in die Gesamtüberlegungen einbrächte.

Bezüglich der Bitte an den Verkehrsminister, einen Bericht über den Schienenverkehr zu geben, warne er vor Voreiligkeit. Hier sei zunächst einmal der Bund gefordert, Vorschläge vorzulegen, die das Land dann prüfen müsse.

Er habe den Minister so verstanden, entgegnet Abg. Dr. Linssen (CDU), daß es nicht um punktuelle Änderungen, sondern um eine grundsätzliche konzeptionelle Neuordnung der Landesplanung gehe. Darin stimme die CDU-Fraktion mit dem Minister überein. Entsprechende Überlegungen begrüße er ausdrücklich.